Netzwerk Friedenssteuer

Infostelle
NETZWERK FRIEDENSSTEUER
Wichernstr. 9
5650 Solingen 1

Tel. 0212-591648

****

Ich soll mich nicht gewöhnen

Ich soll nicht morden
Ich soll nicht verraten
Das weiß ich
Ich muß noch
ein Drittes lernen:
Ich soll mich nicht gewöhnen

Denn wenn ich mich gewöhne
verrate ich
die die sich nicht gewöhnen
denn wenn ich mich gewöhne
morde ich
die die sich nicht gewöhnen
an das Verraten
und an das Morden
und an das Sich-gewöhnen

Wenn ich mich auch nur
an den Anfang gewöhne
fange ich an
mich an das Ende zu gewöhnen.

Erich Fried

****

Einsatz der Bundeswehr - nicht mit unseren Steuern!

Es ist also soweit: die Bundeswehr wird eingesetzt

Deutsche Soldaten, deutsche Panzer nach Somalia. Zum Schutz "humanitärer Hilfe". Aber auch zum Transport von Waffen, von Munition, auch zum Schießen, wenn es sein muß.
Wie ist es dazu gekommen? Seit dem Zusammenbruch des Ost-Blocks beteiligt sich die UNO an viel mehr Konflikten, auch mit militärischen Mitteln. Die Erwartung an deutsche Beteiligung wurde 1992 vom UN-Generalsekretär bei seinem Besuch in Bonn deutlich formuliert. Die deutsche Regierung erhofft sich ihrerseits mehr weltweiten Einfluß durch deutsches Militär in aller Welt. Die Opposition paßt sich dem Regierungskurs immer mehr an, während die Friedensbewegung den Friedensorganisationen überläßt, Stellungnahmen zu verfassen.

FOTO: DPA

Für dieses Foto aus Somalia erhielt Joel Robine den »World Press Photo Children's Award« 1992

Immerhin wurde mit Hilfe der Medien monatelang die Situation vorbereitet nach dem Motto: "Tut denn keiner was, damit wir die schrecklichen Bilder in der Tagesschau nicht mehr sehen müssen!" So ist das Unmögliche möglich geworden: Militäreinsatz wird unter "humaitären" Aspekten gesehen, die Angst der Menschen auch vor eigenen Opfern ausgeblendet und vorab gerechtfertigt.

"Wir sind wieder wer!" Wer sind wir eigentlich?!

Deutsche Kriegsbeteiligung wird allgemein als Stärkung der deutschen Identität angesehen. In Wirklichkeit ist doch das Gegenteil der Fall: bis vor wenigen Jahren hat niemand daran gekratzt, daß die Bundeswehr nur zur Verteidigung und zwar nur des eigenen Landes oder der Verbündeten da sei. Das Geschichtsbewußtsein auf Grund des Versagens und der Schuld im Dritten Reich wurde als Chance für einen anderen deutschen Weg angesehen. Einige VordenkerInnen sahen eine Bundesrepublik ohne Armee schon in greifbare Nähe gerückt. All dies hat sich aufgelöst in der psychotischen Grenzenlosigkeit westlicher "Interessen". Und das Schlimme ist: es hat nicht zum klaren Bruch des gesellschaftlichen Konsens geführt, sondern zur Desorientierung weiter Kreise.

Die nicht-nur-humanitären Interessen an Somalia

Maho Aves, somalischer Wissenschaftler in Tübingen, schreibt in Publik Forum vom 23.4.93: "Es gibt 10 Gründe, die weit über rein humaitäre Interessen an Somalia hinausweisen:
1. Somalia ist wieder strategisch wichtig geworden, denn die USA haben Interesse daran, den kenianischen Staatspräsidenten Daniel Arap Moi in seiner Position zu schützen...
2. Somalia ist ein strategisch wichtiges Land für die Befriedung Äthiopiens. Die Friedensbemühungen in Äthiopien sind bisher nicht erfolgreich gewesen. Vielmehr muß mit dem Auseinanderbrechen dieses Staates gerechnet werden...
3. Somalia ist ein strategisch wichtiger Punkt in Hinblick auf den Sudan. Dort tobt ein erbitterter Bürgerkrieg zwischen den Bantubevölkerung im Süden und der arabischen Staatselite im Norden...
4. Somalia ist geostrategisch wichtig für die Abwehr der islamisch-fundamentalistischen Gefahr in Ostafrika und im mittleren Osten, ausgehend vom Iran und Sudan...
5. Somalia ist strategisch unverzichtbar zum Schutz der arabischen Golfstaaten. Der Iran beansprucht weitere Inseln in diesem Gebiet. Es geht hier um die Sicherheit der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), dem größten Förderer von Erdöl in der Golfregion...
6. Somalia ist ein wichtier Stützpunkt für den friedlichen Transport des Erdöls aus den arabischen Golfstaaten und - bei Konfliktsituationen - zugleich ein wichtiges Sprungbrett für die USA in der Golfregion...
7. Im Jemen, einem Land, das Somalia gegenüber liegt, wurden große Mengen an Erdöl gefunden. Die Saudis versuchen, die Ausbeutung der ölfelder durch die Jemeniten zu unterbinden. Die beiden Staaten stehen sich so feindlich gegenüber, daß sie auch bereit wären, ihre jeweiligen Interessen militärisch durchzusetzen. In diesem Konflikt schützt die US-Präsenz in Somalia die amerikanischen Interessen in der Golfregion, wo sich über 60 Prozent der Welterdölreserven befinden.
8. Im afrikanischen Kontext ist Somalia strategisch wichtig zur Absicherung der Transportwege, weil sich 80 Prozent des Uranbergbaus in Afrika befinden. Dieser Energieträger könnte die Energie des 20. Jahrhunderts, das Erdöl, ablösen und zur Energie des 21. Jahrunderts werden.
9. Die Kolonialmächte betrachteten Somalia und Äthiopien immer als das Tor zu Afrika. Wer am Tor sitzt, kann auch das Haus kontrollieren. Die Präsenz der USA am Horn von Afrika füllt ein Vakuum, das die Sowjets hinterlassen haben, und ermöglicht die Beherrschung des Roten Meers und des Indischen Ozeans sowie aller Korridore in diesem Gebiet zu Asien, Afrika und Europa...
10. Somalia könnte das Experimentierfeld für weitere Aktionen der US-Armee in Afrika sein: im Sudan, in Mozambique, im Zaire und mittelfristig sogar vielleicht in Südafrika.
Außerdem verfolgen die USA in Somalia auch wirtschaftliche Interessen, weil amerikanische Satelliten in Somalia schon vor einigen Jahren riesige Erdöl- und Erdgasfelder entdeckten...
Die Sicherung der UNO-Hilfslieferungen war <u>ein</u> Ziel der US-Soldaten, doch es gibt viele Hinweise für weitergehende Zielsetzungen."

Was sind unsere Interessen an derartigen Konflikten?

- Aus der Sicht der Solidaritätsarbeit mit notleidenden Menschen wurde Somalia viel zu lange ignoriert. Wir wollen unsere Aufmerksamkeit frühzeitig auf Notgebiete in der Welt lenken und uns für grundlegende Veränderun-

gen der verursachenden Strukturen einsetzen.
- Wir wollen nicht, daß Hilfeleistungen für militärische und/oder wirtschaftliche Interessen vorgeschoben werden. Sowohl Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes als auch des BMZ waren Ende April der Ansicht, daß Hilfe auch ohne Militärschutz möglich ist (vgl. taz vom 21. und 22.4.93).
- Wir wollen, daß alle friedlichen Konfliktlösungsmöglichkeiten ausgeschöpft werden, und Krieg kein "letztes" Mittel ist. Gewalt kann nicht mit Gewalt bekämpft werden.
- Die Bundeswehr darf auf keinen Fall eingesetzt werden.

Steuerverweigerung - wenn nicht jetzt, wann dann?

Aus dem bisher geschriebenen ergeben sich folgende Gründe, jetzt Militärsteuern zu verweigern und dazu aufzurufen:

* Die Friedensbewegung muß jetzt Farbe bekennen. Es ist (wieder) an der Zeit, mit anderen in der Friedensbewegung Widerstand zu organisieren.
* Wir müssen gerade jetzt die Chancen der Gewaltfreiheit deutlich machen, um der allgemeinen Verunsicherung entgegenzuwirken.
* Es geht auch darum, Geschichtsbewußtsein, Verfassungsnormen und Freiheitsrechte zu bewahren.
* Es ist nötig, "humanitäre" Interessen zu durchleuchten und Vormachtsansprüchen - und sei es im Gefolge der USA - entschieden entgegenzutreten und Alternativen aufzuzeigen.
* Die Militärsteuerverweigerung bietet nach wie vor eine der wenigen Möglichkeiten des persönlichen Widerstands gegen die Vereinnahmung aller BürgerInnen für staatliche Ziele, die den moralischen Werten der Einzelnen zuwiderlaufen. Wir sollten sie instrumentalisieren für Ziele der Friedensbewegung (jedoch den umgekehrten Eindruck vermeiden!). K.H. und R.E.

****

Etwas verloren im großen Saal

kamen sich einige Festgäste zur 10-Jahres-Feier der Friedenssteuerinitiative in einem alten Gebäude mitten in Heidelberg vor. Es waren vor allem die "alten" FSI-FreundInnen, zum Teil der ersten (oder zweiten) Stunde, erschienen. Leider kam niemand von denen, die in den vergangenen Jahren zwar sehr aktiv, heute aber mit anderen Dingen beschäftigt sind - jedoch uns allen noch in lebhafter Erinnerung. So kam aber auch erst gar nicht eine "Ach ja.." oder "Weißt du noch..."-Stimmung auf. Meine persönlichen Gedanken wanderten öfter zu den neuen, im Netzwerk Aktiven, die zwar - bis auf einen - nicht da waren, aber es war ein gutes Gefühl, daß es Euch gibt! Wir alle dachten auch an Klaus Hecker und Ursula Löw, die gerade bei ihrem Einsatz in Kroatien waren und uns ihren ersten Bericht geschickt hatten.
Der Höhepunkt des Abends war der Auftritt von Birgit Berg, die uns mit ihren Liedern, zum Teil so alt wie die FSI, manchmal nachdenklich, manchmal betroffen, manchmal heiter, manchmal traurig machten. Ich hatte das Gefühl, als sänge sie für jedeN einzelneN von uns. Ich bin überzeugt, daß (nachdem 4 oder 5 andere angefragt wurden) Wolfgang Krauß und Günther Lott mit Birgit Berg die beste Wahl getroffen haben. Eine Darbietung, die zu uns paßte!
R.E.

Bundesverfassungsgericht - Bundestag - EKD : Enttäuschung auf der ganzen Linie?

Birgit Berg bringt seit Jahren Texte in origineller Form in der "Wortwerkstatt, Poesie & Politik", Schwarenbergstr. 83, 7000 Stuttgart 1, heraus. Ein Anfang der 80er Jahre erschienener "Konstruktiver Katalog" hat auch mitgeholfen, die Kriegssteuerverweigerung in Friedenskreisen bekannt zu machen.
Eine neuere Erscheinung ist der "Denk-Zettel". Hier seien in Blick auf zweifelnde Fragen nach dem Sinn der Steuerverweigerung und dem Zeitraum für mögliche Erfolge einige Fragen aus dem Text "Von der Enttäuschung zur Ent-täuschung. Wider den Utopieverlust" zitiert:
") Konnten wir den nach den Jahrtausenden von gezüchtetem Kampfgeist, Kriegs-, Konkurrenz- und Besitzdenken und Herrschaftsstrukturen überhaupt annehmen, in einigen Jahren alles verändern zu können?
) Haben wir umfassend genug gehofft? Oder hat unsere Utopie zu kurz gegriffen und wird von den Strukturen, die sie beim alten ließ, erdrückt? "Wer nicht alles verändert, verändert nichts". (chilen. Lied)
) Entsprechen unsere Strukturen bereits unseren Zielen? Haben wir dafür schon den klarsten Entwurf? Drücken sich unsere Ziele in unseren Mitteln aus?
Beherzte Ent-täuschungs-Arbeit hin zu geklärteren Zielen kann sogar eine Regeneration der Hoffnung bringen - ein wissenderes, hellsichtigeres, reiferes Hoffen, das Wagnis bleibt,

doch notwendig ist für das Lebendigsein wie die Luft zum Atmen:
das Beharren darauf, daß es Lösungen gibt als Antwort auf Probleme, und das energische Experiment, sie immer neu zu finden und zu leben zu beginnen."

Zur Diskussion

****

Ziviler Friedensdienst

Bereits in der Netzwerk-NACHRICHTEN Nr. 7 hat Reinhard Egel kritisch angefragt, ob hinter der Idee eines Zivilen Friedensdienstes "nicht eine idealistische Fehleinschätzung der Bereitschaft staatstragender Machtkonstellationen (steht), eine wirkliche Alternative zum Militär zuzulassen". Auch die in den NACHRICHTEN Nr. 8 wiedergegebene Stellungnahme von PBI enthält viele Vorbehalte und Skepsis. Ich teile diese Skepsis nur zum Teil und setze große Hoffnungen in die Idee eines Zivilen Friedensdienstes im Sinne einer endlich einmal konkreten Utopie.
Doch zunächst zum Stand der Diskusion: Die Evangelische Kirche in Berlin-Brandenburg hat auf ihren Vorschlag vom Oktober 1991 über 40 Stellungnahmen erhalten. Daraufhin hat die Kirchenleitung im Oktober 1992 in einem Beschluß eine Zwischenbilanz für die weitere Diskussion gezogen, in der folgende Punkte festgehalten werden:
- Der Zivile Friedensdienst (ZF) soll nach einigen Jahren in seinem Umfang einer Armee vergleichbar sein.
- Er soll aus einem Kern von Hauptamtlichen sowie Freiwilligen mit einjähriger Dienstzeit bestehen und Männern und Frauen offenstehen.
- Die Entscheidung zum ZF ist freiwillig, es soll jedoch eine verläßliche Verpflichtung der Ausgebildeten zur Einsatzbereitschaft geben.
- Für den ZF ist keine Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer erforderlich. Solange die Wehrpflicht besteht, sollen alle Wehrpflichtigen die Wahl zwischen Bundeswehr und der gewaltfreien Ausbildung zum ZF haben. Die Möglichkeit zur KDV soll zunächst weiterbestehen.
- Träger des ZF sollen staatliche Einrichtungen ggf. in Zusammenarbeit mit freien Trägern sein.
- Der ZF soll im Inland (z.B. zur Vorbeugung gegen Fremdenfeindlichkeit und zum Schutz von Flüchtlingsheimen) und Ausland (z.B. als zivile Alternative zu UNO-Blauhelmen) eingesetzt werden.
- Der Aufbau des ZF soll mit einer breiten "Alphabetisierung" in gewaltfreier Konfliktlösung einhergehen, die Teil der Schulausbildung sein soll.
In dieser Konzeption sind sicher noch einige Punkte klärungsbedürftig, z.B. Art und Umfang der Beteiligung von nichtstaatlichen Organisationen oder die innere Struktur (hierarchisch / basisdemokratisch) des ZF. Ich weiß auch nicht, ob der Vorschlag in dem Sinne realistisch ist, daß "der Staat" oder erstmal die anderen Landeskirchen und die EKD sich darauf einlassen. Aber die Initiative der Berlin-brandenburgischen Kirche stellt in meinen Augen eine große Chance dar, die das Netzwerk nach Kräften unterstützen sollte:
- Der Krieg auf dem Balkan läßt den Ruf nach militärischem Eingreifen auch aus den Reihen der Friedensbewegung immer lauter werden. Der ZF könnte eine konkrete Perspektive darstellen, wie die BRD ihrer "gewachsenen internationalen Verantwortung" wirklich gerecht werden kann. Mit Unterstützung von Teilen der Evangelischen Kirche besteht immerhin die Chance, Modelle zur gewaltfreien Konfliktlösung in die aktuelle Debatte oder gar den Wahlkampf einzubringen.
- Die (z.T. berechtigte) Kritik am Vorschlag der Kirche sollte nicht dazu führen, ihn abzulehnen oder zu ignorieren, sondern durch konstruktive Beteiligung an der Diskussion zu unterstützen. Dabei werden sicher auch Kompromisse nötig sein.
- Der ZF wird personell wie finanziell den bestehenden Friedensdiensten Konkurrenz machen. Aber ist es nicht besser, die eigene Organisation in einigen Bereichen überflüssig zu machen als ewig nach dem Motto "small is beautiful" in Randbereichen herumzudoktern?
- Ohne Rüstung leben hat den Vorschlag gemacht, den ZF in Form eines "Friedensrats" zu institutionalisieren, wobei die SteuerzahlerInnen die Wahl haben sollen, die Friedensräte oder weiterhin das Militär zu finanzieren. Ein idealer Anknüpfungspunkt für uns, uns in die Debatte einzuschalten.
Ich würde mich über eine Diskussion im Netzwerk freuen.
Dedo von Krosigk

Vom Netzwerkrat

****

Der Netzwerkrat tagt vom 7.-9. Mai in Berlin. Darin eingebaut ist der Besuch einer synodalen Anhörung am Samstagnachmittag, bei der u.a. Dr.

Paul Tiedemann und Pfr. Martin Arnold sprechen. Sicherlich wird es dabei auch um den EKD-Beschluß (siehe ASP Steuern zu Pflugscharen) gehen. Wir werden in den nächsten NACHRICHTEN von Berlin berichten. Bei irgendwelchen Fragen oder Anregungen, sowie kurzfristigen Entscheidungen, die das ganze Netzwerk betreffen, wendet Euch bitte an den Verantwortlichen für den Netzwerkrat: Dedo v. Krosigk, Hannover
Das nächste Netzwerkratstreffen ist vom 26.-28.11.93

Aus den Regionen

****
OST:

Friedensgebet in der Nikolaikirche geplant

Am 1.4.93 traf sich die Gruppe Leipzig, zu der 14-20 Leute gehören. Es sind neue Leute dazugekommen, vor allem Selbständige. Ein Teilnehmer berichtete von seinen Erfahrungen mit dem Vollstreckungsbeamten des Finanzamts. Die Leipziger planen noch vor den Sommerferien ein Friedensgebet zur Militärsteuerverweigerung in der Nikolaikirche.
Die Leipziger sind bereit, zunächst RegionalsprecherInnen zu stellen und eine Regionalversammlung Ost im Herbst zu organisieren.

Kontakt:
Mathias Förtsch, Kreuzstr. 2, 0-7010 Leipzig, Tel.: 0341-204194
Regionalsprecherin:
Sabine Eckert, Grüntaler Str. 14, 1000 Berlin 65, 030/ 4948714

****
WEST:

Regionversammlung West lädt die rheinischen Gruppe "Steuern zu Pflugscharen" ein, am selben Tag zu tagen

Am 20. März trafen sich die RheinländerInnen wieder in Leverkusen. Ein wichtiges Thema war die öffentlichkeitsarbeit und der Austausch über bisherige Aktivitäten der Einzelnen und des Netzwerkes. Das nächste Treffen soll am 2.10.93 von 14-18 Uhr sein. Die Kirchenleute können sich dann schon ab vormittags in denselben Räumen treffen. Eine gute Idee, vielleicht auch für andere Regionen. Und ein weiterer Schritt (nach der Eingliederung von Steuern zu Pflugscharen ins Netzwerk), um unnötiges Nebeneinanderher zu vermeiden.
RegionalsprecherInnen:
Dorothea Kötter, Burgstr. 97, 5300 Bonn 2, Tel.: 0228/355289, Fax: 0228/361740
Axel Jassoy, Prinz-Georg-Str. 92, 4000 Düsseldorf-Kaiserswerth, Tel. 0211/466983

****
NORD:
Regionalsprecher:
Bernd Abesser, Am Steinbruch 12, 3000 Hannover 91, Tel. 0511/444003
Dedo v. Krosigk, Querstr. 9, 3000 Hannover 81, 0511/830759 (13017 d.)
****
SÜDWEST:

Wie ein Trommler ohne Pauke

ist einE MilitärsteuerverweigererIn, die/der legal verweigern darf. Bei der Tagung in Hohenwart ging es vor allem um die Frage: Gesetz erreichen oder Ziviler Ungehorsam? (Eine Scheinalternative?, Anm. des Tippers). Folglich plant die Region Südwest für nächstes Jahr wieder eine Tagung in Freudenstadt mit dem Thema: "Militärsteuerverweigerung - nur noch eine Sache für zivilen Ungehorsam?" Immerhin, nach langem Drängeln hat sich der Südwesten nun der wahren Begeisterung hingegeben (es klingt fast schwäbisch, wär's nicht badisch): "Mit einigen Bedenken wegen der geringen Teilnehmerzahl des Netzwerks und dem Abscheu vor Überorganisierung haben wir uns trotzdem darauf geeinigt, daß bis auf weiteres Netzwerksprecher sind:
Werner Huber, Zähringer Str. 6, 7800 Freiburg, Tel. 509813, Fax. 39782
Dieter Hemminger, Turnstr. 13, 7536 Ispringen, Tel. 07231/89408"

****
SÜD:

Bayern intern und öffentlich

Am 19.3. trafen sich die Bayern in Augsburg. Auch hier gibt es ein unproblematisches Miteinander kirchlich und nicht kirchlich orientierter SteuerverweigererInnen.
Offensichtlich werden die Treffen in Bayern sehr gründlich vor- und nachbereitet (Es erschienen z.B. auch drei Zeitungsberichte über das Treffen). Sogar die NACHRICHTEN-Redaktion erhält jedesmal unaufgefordert ein Protokoll! Beispielhaft erscheint auch die bayrische Art, erst eine "interne" Regionalversammlung abzuhalten und anschließend eine öffentliche Veranstaltung an den jeweils verschiedenen Versammlungsorten durchzuführen. Das Amt für Jugendarbeit, Hummelsteiner Weg 100, 8500 Nürnberg 40, hat das in diesen NACH-

RICHTEN abgebildete Plakat "Entsetzte Hände" aufgelegt.
Ferner hat die Ev. Arbeitsgemeinschaft zur Betreuung der Kriegsdienstverweigerer, Gudrunstr. 33, 8500 Nürnberg 40, "Wahlprüfsteine für die Wahlen 1994 in Bayern" verfaßt. Eine der Fragen lautet: "Wie werden Sie für den Gewissensschutz derer eintreten, die in Konsequenz ihrer Kriegsdienstverweigerung auch die Finanzierung von Militär durch Steuerzahlungen ablehnen?"
RegionalsprecherInnen:Brigitte Janus, Untere Krämergasse 18, 8500 Nürnberg 1, 0911/243870
Siegfried Laugsch, Gudrunstr. 33, 8500 Nürnberg 45, Tel.: 0911/4304 /238/9, priv: 0911/397851

Impulsplakat zum Thema Militärsteuer-Verweigerung

Aus den Arbeitsschwerpunkten

****
INTERNATIONALES:

Im September 1994 wird in Spanien die 5.Internationale Konferenz über Kriegssteuerverweigerung und Friedenssteuerkampagnen im Baskenland nahe der französischen Grenze stattfinden.
Vorschläge für Arbeitsgruppen, Referate usw. sollen aus den verschiedenen Ländern gesammelt und noch vor dem Sommer im Baskenland bearbeitet werden; sie werden dann an die Initiativen verteilt, so daß bis Oktober dieses Konzept diskutiert werden kann und die Ergebnisse, Wünsche, Vorschläge usw. nach Spanien weitergegeben werden können. Zum Jahresende steht dann ein vorläufiges Programm für die Konferenz zur Verfügung.
Wer für diese Konferenz Vorschläge für Arbeitsgruppen oder anderes machen will, schickt diese bitte in englicher Sprache direkt an:
Asamblea de Objeción Fiscal Aptdo 1126 31015 -PAMPLONA- IRUNEA SPANIEN
Bitte Kopie an den Arbeitsschwerpunkt Internationales, Klaus Hecker (Adr. s. Basisarbeit)

****
BASISARBEIT:

Zwischen Infotisch und Werbespot.

Die Regionalversammlung West und der Arbeitsschwerpunkt "Basisarbeit" laden ein zu einem Wochenendseminar vom 17. bis 19.September 1993, das in einem Tagungshaus stattfinden wird. Wir wollen daran arbeiten, wie wir mehr Menschen zur Friedenssteuerarbeit und für den Militärsteuerboykott gewinnen können. Im Seminar sollen zuerst aus der Sicht der Psychologie Probleme und Hemmnisse der Steuerverweigerung und der Friedensarbeit allgemein behandelt werden; Arbeitsgruppen werden dann Vorschläge für die möglichen Aktivitäten wie Rundbriefe, Inserate, Einführungsseminare usw. erarbeiten, die dann am Sonntagvormittag im Plenum ausgewertet werden. Für den Samstagabend ist eine Fete - vielleicht mit einem Steuerverweigerer-Theater - vorgesehen.
Ihr seid also alle aufgerufen, mit Vorschlägen und Ideen zum Gelingen beizutragen und/oder in der Organisationsgruppe mitzuarbeiten! Bitte meldet Euch bei mir.
Das Programm soll etwa Mitte Juli fertiggestellt sein; wer es erhalten möchte, sollte jetzt schon dies mit einer Postkarte bei mir anfordern, wir schicken es dann sofort nach Erscheinen zu.

Kontaktperson: Klaus Hecker, Pfr. Dorn Str. 18, 6500 Mainz 32, Tel.06131-368411

****
RECHTSWEGE:

Militärsteuerverweigerer-Beschwerde bei der Europäischen Menschenrechtskommison eingereicht

Weil das Bundesverfassungsgericht ihre Klage nicht zur Entscheidung angenommen hat, haben Christa und Dr. Klausmartin Voigt nun bei der Europäischen Menschenrechtskommision in Straßburg Beschwerde eingelegt.
Der seit mehr als zehn Jahren in über 40 Prozessen geführte Gerichtsstreit über die Militärsteuer ist damit in ein neues Stadium getreten. Mehr als zehn Verfahren sind in dieser Sache bei deutschen Finanzgerichten noch nicht entschieden, zwei sind beim Bundesfinanzhof in München anhängig, fünf Klagen hat bisher das Bundesverfassungsgericht nicht angenommmen.

WANTED! Verfassungsrechtler als Anwalt gesucht

Hinweise bitte umgehend an: Klaus Hecker, Tel. 06131-368411

Kontaktperson:
Walter Schönfeld, Hoheluftchaussee 58, 2000 Hamburg 20, Tel. 040/4202088, FAX: 4205186

****
GESETZESINITIATIVE:

Nach Aussage der (mit dem Netzwerk sympathisierenden) Bundestagsabgeordneten Conradi, Dr. Elmer und Peter sind zur Zeit in Bonn "alle Möglichkeiten ausgereizt", mit unserem Anliegen direkt noch weiterzukommen. Den beiden Vorsitzenden der "Gemeinsamen Verfassungskommision", Dr. Rupert Scholz (CDU) und Dr. Henning Voscherau (SPD), wurde unser Anliegen nochmals schriftlich unterbreitet.
Es wird also jetzt darauf ankommen, unser Thema innerhalb der SPD-Fraktion weiter zu verbreiten mit Blick auf die kommende Legislaturperiode. Desgleichen gilt es, "vor Ort" in der Wahlkreisen möglichst viele Abgeordnete und neue KandidatInnen auf die Forderung "Friedenssteuer statt Militärsteuer" anzusprechen und mit unserem Gesetzentwurf vertraut zu machen. Die jetzt bekannt werdenden Bundeswehrplanungen (Kambodscha, ehemaliges Jugoslawien, Somalia und kein Ende...?) bieten dazu leider reichlich aktuelle Anlässe.

Kontaktperson: Günther Lott, Hauptstr.1a, 6914 Rauenberg, Tel: 06222/62726, FAX 06222/62702

****
STEUERN ZU PFLUGSCHAREN:

Rat der EKD erteilt der Militärsteuerverweigerung eine Absage

Der EKD-Text (2 1/2 Seiten) ist bei "Steuern zu Pflugscharen" erhältlich. Martin Arnold kommentiert die Entscheidung im Folgenden:
"Nein, keine Ausgrenzung. Im Gegenteil." so lesen wir aus der EKD. epd formulierte: "Absage". Was also? Die EKD übernahm die juristische Einschätzung des FESt-Gutachtens. Warum war sie dann total gegen dessen Empfehlungen? Warum schwammige Formulierungen wie "nicht der geeignete Einstieg"? Warum die gebetsmühlenartige Abweisung von Gewaltfreiheit und Pazifismus und sonst fast nur juristische Argumente? Immerhin der väterlich klingende Hinweis, "daß ein Handeln aus einem vom Glauben bestimmten Gewissen ohne Sünde ist". Gegen kirchliches Engagement bei solchem 'Handeln ohne Sünde' versucht die EKD die Landeskirchen "einheitlich" zu trimmen - und dafür ein Tabu für Synoden zu errichten: Warum?
Die Überreaktion der EKD zeigt wieder: Militärsteuerverweigerung trifft bei der Kirche empfindliche Punkte. Wir erfahren es wieder: Der Boden, auf den unsere Anträge fallen, muß meist erst beackert werden. Positive Entscheidungen zur Militärsteuerverweigerung sind von Kirchenleitenden fast nur dann zu erwarten, wenn intensive Gespräche mit ihnen vorangegangen sind...
Wir sollten uns nicht davon abhalten lassen zu tun, was wir für richtig und wichtig erkannt haben.
a) Selbst tun, was not tut. KFZ-Steuer abziehen. Es sollte von einer Gruppe öffentlich gemacht werden.
Auch in der kleinen Gruppe, notfalls allein; so haben die MilitärsteuerverweigererInnen angefangen, viele tun es so. Wenn wieder ein schlimmer aktueller Anlaß für eine massenhafte Verweigerung kommt, brauchen wir Erfahrungen. Ist er mit den neuen Einsätzen der Bundeswehr nicht schon greifbar?
b) In den Kirchen am Ort das Gespräch suchen oder fortsetzen, über diese Entwicklungen und darüber, was wir tun können. Militärsteuerverweigerung ist über das längst eingeplante Demonstrieren, Unterschriften-übergeben und andere Meinungsäußerungen hinaus für viele eine konkrete Möglichkeit der Tat."
Auch wir als Netzwerk der MilitärsteuerverweigererInnen kommen nicht umhin, gemeinsam und deutlich zu reagieren. Möglicherweise hat die "neue Diskussion der Friedensethik" der EKD weit über die Kirche und die Militär-

steuerverweigerung hinausreichende Folgen, nämlich eine Rückkehr zu der Zeit, als die Kirche noch die Waffen segnete, natürlich in etwas modernerer, säkularisierter Form: "Eine (internationale) Friedensordnung kann aber ohne die Existenz von militärischen Gewaltmitteln zur Stützung politischer Friedensaufgaben nicht entwickelt werden." (Originalton EKD)

Militärsteuerverweigerung auf dem Kirchentag in München

Vom 10.-12.6.93 kann von 10-18 Uhr der Stand auf dem Markt der Möglichkeiten von Steuern zu Pflugscharen (mit sämtlichen Netzwerk-Materialien) besucht werden: in Halle 15 im Gang F (wie Frieden) am 7. Stand vom Haupteingang in der Kooperation "BRD ohne Armee" neben dem Cafe Desertör.
Am 11. Juni 1993 wird es zudem im Forum "Krieg und Frieden" (Halle 2) einen Infostand zur Militärsteuerverweigerung geben.
Es ist eine Resolution geplant, für die 3000 Unterschriften gesammelt werden sollen. Wer mithelfen will: ab Donnerstag gibt es Listen an den o.g. Ständen.

Vom 15.-17.10.93 findet eine bundesweite Tagung der Aktion Steuern zu Pflugscharen in Bielefeld-Bethel statt.

Kontaktperson:
Martin Arnold, Neißestr. 4, 4300 Essen 1, Tel. 0201/255282

Aus der Infostelle

****

Wer hat noch etwas zu berichten?

Z.B. vom Prozeß Martin Röcker (10.2.93) und seiner Petition, vom BFH-Urteil LAG Münster, von der Region Nord, Nordost, Südwest? Klar: Wenn nix kommmt, nix drin, inne NACHRICHTEN!

Es hat sich gelohnt.

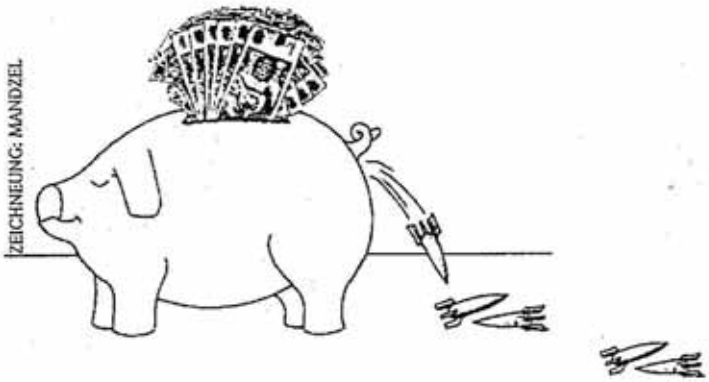
Durch die Beilage der Postkarten zu den letzten NACHRICHTEN haben sich noch viele zurückgemeldet. Da sieht man mal wieder wie beschäftigt wir alle doch sind...

Es gibt eine aktualisierte "Chronik der Militärsteuerverweigerung". Eine Kopie kann mit Rückumschlag bei der Inofstelle bestellt werden.

Redaktionsschluß für die nächsten NACHRICHTEN ist der 8.8.93.

Bitte notieren und die Beiträge vorher schicken (ggf. auf 3Zoll Diskette).

Übrigends: NACHRICHTEN-machen macht Spaß. Wer möchte mal mitmachen, mit der Aussicht evtl. einmal die Arbeit von uns zu übernehmen?!

Mit Friedenswünschen

Klaus Hecker und Reinhard Egel (verantwortlich für den Inhalt) und Katharina Johanning (Versand)